



Newsletter *Migration und Integration*, Ausgabe 25/2010

Bremen, 25. November 2010

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

in dieser Ausgabe kommentieren wir das jüngst von der Bremer CDU verabschiedete Positionspapier zur aktuellen Integrationsdebatte. Darüber hinaus berichten wir über die radikale Kürzung der Arbeitsförderung in Bremen durch die Bundesregierung und verschiedene andere Themen aus der Bundespolitik.

Viel Freude beim Lesen wünscht
Zahra Mohammadzadeh

Aktuelles

Kommentar zum Positionspapier der Bremer CDU: Nur wo Nutella draufsteht, ist auch Nutella drin?

Nur wo Nutella draufsteht, ist auch Nutella drin – dieser Slogan mag für die bekannte Frühstücksleckerei gelten, nicht aber für das „Positionspapier des CDU-Landesvorstandes zur aktuellen Integrationsdebatte“, beschlossen in der Sitzung des CDU-Landesvorstandes am 5. November 2010. Während führende Vertreter der Union in Sonntagsreden immer noch gegen die allgemein anerkannte Erkenntnis wettern, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, beschließt die Bremer Landes-CDU ein Integrationspapier. Alle Achtung! Dennoch ist es besser genau hinzuschauen, ob auch wirklich von Integration im Papier die Rede ist.

Da kommen dann doch erhebliche Zweifel auf. Zwar erwähnen die Autoren ganz richtig, dass im Land Bremen rund 80.000 sogenannte Ausländer leben und inzwischen jedes zweite Kind unter 6 Jahren in der Stadt Bremen einen Migrationshintergrund hat. Dass es aber eine zielgerichtete Integrationspolitik für diese Menschen in der Vergangenheit nicht gegeben und stattdessen Rot-Grün mit einer angeblichen „Vision Multikulti“ von einer problemlosen Integration geträumt habe, dafür bleiben die Christdemokraten den Beleg schuldig. Von einer Partei, die sich seit Jahren notorisch schwer damit tut, gesellschaftspolitische Einsichten zu akzeptieren, die wesentliche Ausgangspunkte jeder erfolgreichen Integrationspolitik

www.gruene-fraktion-bremen.de

sein müssen, ist dieser Vorwurf schlicht lachhaft.

Menschen aus anderen Ländern und Kulturen seien hier willkommen, reklamiert die CDU vollmundig für sich. Wie verträgt sich das mit der rigorosen Abschiebepolitik christdemokratisch geführter Bundesländer? Mit dem verbockten Bestehen auf einer deutschen „Leitkultur“, was auch immer darunter zu verstehen ist? Mit den überzogenen Forderungen nach Beherrschung der deutschen Sprache und deutschen Geschichtskenntnissen, an deren Prüfung so mancher brave Einheimische scheitern würde? Neuerdings – O-Ton Seehofer – sollen Deutschkenntnisse ähnlich wie bei Spätaussiedlern nun auch bei den übrigen Einwanderern bereits vor der Einreise nachgewiesen werden. „Bleibt, wo ihr seid“, kann man dann auch gleich sagen.

Berufliche Bildung sollen erst einmal „unsere Landeskinder“ genießen. Diese rührende elterliche Fürsorge der Union wird allerdings aufgrund der auch in Bremen und Bremerhaven spürbaren demographischen Entwicklung ins Leere laufen. Entschlossen ruft die CDU Unternehmer auf, darüber hinaus „Bewerbern mit Migrationshintergrund eine Chance zu geben“. Warum allerdings Arbeitgeber mit einer solchen dem Antidiskriminierungsgesetz entsprechenden Einstellungspraxis, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, besonderen Mut beweisen, bleibt unklar.

Zugegeben, es ist schon erstaunlich, wie offen das Positionspapier einige Standpunkte vertritt, die auch in der Bremer CDU stark umstritten sind. Da ist beispielsweise das grundsätzliche Bekenntnis zur aktiven Einwanderungspolitik mit dem Ziel der Integration. Gleichzeitig spricht sich die CDU für die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung zur leichteren Anerkennung von Berufsabschlüssen von MigrantInnen aus. Wie man hört, wurde von den Autoren sogar die Mehrfachstaatsbürgerschaft in Erwägung gezogen. Aus dem Beispiel wird klar: wenn es wichtig wird, hat die CDU dann doch wieder Angst vor der eigenen Courage.

Zwar ist es richtig, dass in einer Gesellschaft der Vielfalt das Zusammenleben mit Einwanderern nicht die einzige integrationspolitische Herausforderung ist. Ob aber für alle Bevölkerungsgruppen am Rande oder außerhalb des Mainstreams der gleiche Ansatz Erfolg verspricht, ist fraglich. Schon gar nicht, wenn dieser Ansatz hauptsächlich auf „Sanktion“ beruht. Offenbar davon ausgehend, dass Staat und Gesellschaft – unter schwarz-gelber Flagge – bereits im ausreichenden Maße Integrationsangebote gemacht haben, wird die bisherige Einseitigkeit der Integrationsbereitschaft beklagt. Für die CDU besteht eine „Verpflichtung zur Integration“ auf Seiten der MigrantInnen, die sich in die Gesellschaft einzufügen haben. „Integrationsverweigerer“ werden „sanktioniert“, also bestraft. Wie, ahnt man, wenn man weiter liest: „Wir erwarten, dass Zuwanderer ebenso wie sozial schwache Deutsche ihren Lebensunterhalt mit eigener Arbeit verdienen und Bildungsehrgeiz für ihre Kinder vermitteln.“

Verpflichtende Teilnahme, verbindliche Tests, verpflichtende Zusatzsprachkurse, verpflichtender Kindergartenbesuch, Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß und Pflichtbewusstsein, Nichtteilnahme muss Konsequenzen haben, Kürzung von Sozialleistungen und Kindergeld, wenn Eltern „ihrer Erziehungsverantwortung nicht gerecht werden“ - entsprechend diesem Grundton sind Verpflichtung, Zwang und im Falle der Verweigerung Bestrafung Kernstücke des christdemokratischen

Ansatzes. Da wundert es überhaupt nicht, wenn an erster Stelle Lehrer und Polizisten als Vorbilder einer gelungenen Integration genannt werden. Auch die Forderung nach Verfassungsänderung zur Einführung konfessionsgebundenen Religionsunterrichts an Bremer Schulen passt ins Bild. Auch wenn es nicht ausdrücklich gesagt wird, darf man getrost annehmen, dass damit die Christliche gemeint ist, über die anderen Religionen soll ja nur Wissen vermittelt werden, „wenn ein entsprechender Bedarf in der Schülerschaft vorhanden ist“.

Alles in allem ein enttäuschendes Dokument, ein durchsichtiger Versuch, mit Blick auf die Bürgerschaftswahl bei Bremerinnen und Bremern mit Migrationshintergrund zu punkten. In Abwandlung des bekannten Werbespruchs bleibt nur noch zu sagen: Wenn Integration draufsteht, sollte schon ein bisschen mehr Integration drin sein.

Aus der Landespolitik

Offener Brief an von der Leyen: Kürzung der Arbeitsförderung um 22 Millionen Euro für Bremen zurücknehmen

Die Grünen fordern Bundesarbeitsministerin von der Leyen in einem Offenen Brief auf, die Kürzung der Arbeitsförderung in Höhe von 22 Millionen Euro zurückzunehmen. Dazu Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen: „Das Bundesland Bremen hat die höchste Langzeitarbeitslosenquote unter den westlichen Bundesländern. Diese besondere Situation muss berücksichtigt werden. Die Kürzung von 22 Millionen Euro ist ca. doppelt so hoch wie das, was wir im ESF-Landesprogramm für Langzeitarbeitslose zur Verfügung haben.“

Link zur Pressemitteilung: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/361/361225.offener_brief_an_von_der_leyen.pdf

Link zum offenen Brief: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/361/361225.offener_brief_an_von_der_leyen.pdf

Bericht

Grüne setzen sich für muslimisches Gräberfeld auf Waller Friedhof ein

Im Bremer Westen leben viele MigrantInnen mit muslimischen Wurzeln. Doch eine Bestattung nach islamischen Regeln ist auf dem Waller Friedhof bisher nicht möglich. Das Problem: Im Gegensatz zu den Friedhöfen in Osterholz und Aumund gibt es dort derzeit keine zusammenhängende Fläche, die groß genug für ein muslimisches Gräberfeld ist. Das soll nun bei der weiteren Friedhofsplanung berücksichtigt werden, fordern die Grünen nach einer Begehung des Waller Friedhofes.

Link zum Bericht: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/361/361786.gruene_setzen_sich_fuer_muslimisches_gra.html

Aus der Bundespolitik

Leistungen für Asylbewerber nicht neu berechnen, sondern Gesetz ganz abschaffen

Die Einschätzung der Bundesregierung bestätigt unsere grüne Kritik am Asylbewerberleistungsgesetz. Weniger Geld als Hartz IV ist mit der Menschenwürde nicht zu vereinbaren. Eine Neuberechnung der Leistungen greift aber zu kurz. Das Asylbewerberleistungsgesetz führt seit nunmehr 15 Jahren zu einem diskriminierenden Ausschluss von Asylsuchenden und Geduldeten aus der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Zudem ist die medizinische Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf die unabweisbar notwendige Behandlung "akuter Schmerzzustände" beschränkt.

Link zur Pressemitteilung: http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/361/361698.leistungen_fuer_asylbewerber_nicht_neu_b.html

Bundesregierung betreibt bei Zwangsverheiratung reine Symbolpolitik

Zum jüngst vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Zwangsheirat und anderen aufenthaltsrechtlichen Vorschriften erklären Josef Winkler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und Memet Kilic, Sprecher für Integrationspolitik: Offenbar steht die Bundesregierung in der Integrationspolitik dermaßen unter Druck, dass sie nun einen von Symbolpolitik geprägten Gesetzentwurf vorlegt. Während parallel an einer umfangreichen Reform des Aufenthaltsgesetzes gearbeitet wird, werden jetzt einzelne Maßnahmen im Schweinsgalopp durchgebracht.

Link zur Pressemitteilung: http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/358/358625.koalition_betreibt_bei_zwangsverheiratun.html

Jüdische Zuwanderung nach Deutschland

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben im September eine Kleine Anfrage zur Entwicklung der jüdischen Zuwanderung nach Deutschland gestellt. Aus der nun vorliegenden Antwort wird deutlich, dass die Zuwanderung jüdischer Flüchtlinge nach der Neuregelung der Zuwanderungsbedingungen durch die Bundesregierung fast vollständig zum Erliegen gekommen ist. In den Jahren 2008 und 2009 sind insgesamt nur etwas mehr als 100 Menschen jüdischen Hintergrunds aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingereist.

Link zur Antwort der Bundesregierung:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/029/1702965.pdf>

Bundesregierung blockiert weiterhin einheitlichen EU-Flüchtlingsschutz

Zur Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage zur Reform der EU-Flüchtlingsanerkennungsrichtlinie, erklären Viola von Cramon, Sprecherin für Auswärtige Beziehungen der EU, und Josef Winkler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Flüchtlingspolitik: Die Bundesregierung blockiert weiterhin einen einheitlichen EU-Flüchtlingsschutz und soziale Rechte für anerkannte Flüchtlinge. Der Grund ist offensichtlich: Sie will einem Teil der anerkannten Flüchtlinge Integrationsmaßnahmen vorenthalten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, unsere internationale Verpflichtung endlich ernst zu nehmen und ihre Blockade im Europäischen Asyl- und Flüchtlingsschutz zu beenden.

Link zur Pressemitteilung: http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/361/361833.bundesregierung_blockiertweiterhin_einh.html

Link zur Kleinen Anfrage: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703593.pdf>

Veranstaltungshinweise

Podiumsdiskussion: Farbe bekennen – Gewerkschaften in Bremen zur aktuellen Integrationsdebatte

Im Rahmen der Migrantentage gegen Ausgrenzung 2010 lädt das Kulturzentrum Lagerhaus e.V. am 9. Dezember um 19.30 Uhr zur Podiumsdiskussion ins DGB Haus Bremen ein (Tivoli Saal, Bahnhofplatz 22). Thema der Veranstaltung, in der auch Zahra Mohammadzadeh als Diskutantin auf dem Podium auftritt, sind die Inhalte und Folgen der aktuellen Integrationsdebatten in Deutschland.

Link zum Lagerhaus: <http://www.migration-bremen.de/>

Filmvorführung zum internationalen Tag der Menschenrechte: Die Steinigung der Soraya M.

Marieluise Beck lädt am Freitag, den 10. Dezember, ins Cinema im Ostertor ein zur Vorführung des Films „Die Steinigung der Soraya M.“. Der Film basiert auf einem Vorfall im Iran der 80er Jahre und konfrontiert uns mit einem barbarischen Ritual, das leider in vielen Ländern noch heute üblich ist – erst im August auf einem Marktplatz in der afghanischen Provinz Kundus. Dieser Abend gilt den mutigen Menschenrechtsverteidigern weltweit und den Opfern von Hinrichtungen und Folter.

Unterstützt wird die Vorführung von belladonna e.V.. Der Film hat englische Untertitel. Der Eintritt ist frei. Im Anschluss bietet Marieluise Beck ein gemeinsames Gespräch an.

Weitere Informationen: <http://www.marieluisebeck.de/>

Ansprechpartnerin für Nachfragen:



Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin
zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-155)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/migration-bremen>